



Wollen Liechtensteiner Lösungen abwenden: Die Ständeräte Martin Schmid, Karin Keller-Sutter und Pascale Bruderer (v. l.) bei der Tagung am Dienstag.

FOTO: KEYSTONE

«Ergebnis muss ausgewogen sein»

Der Bundesrat soll das Doppelbesteuerungsabkommen mit Liechtenstein anpassen, um die Erhebung von Steuern auf Renten durch das Fürstentum zu verhindern. Der Ständerat hiess den Vorstoss gut – und fügte eine weitere Forderung zu Grenzgängern hinzu: Die geplante Quellensteuer soll zu einem Tabu werden. Regierungschef Adrian Hasler zählt auf faire Verhandlungen.

von Michael Winkler

→ Die Revision des DBA mit der Schweiz rückt näher. Der Ständerat beauftragte den Bundesrat vergangene Woche damit, sowohl die AHV-Rentenbesteuerung (3,6 Prozent) mit einer DBA-Revision wegzuverhandeln als auch in einem neuen DBA präventiv eine Quellensteuer zu vermeiden. Für die Kantone St. Gallen und Graubünden, in denen die meisten der rund 9400 Schweizer Grenzgänger wohnen, könnte dies Steuerausfälle von 20 bis 22 Millionen Franken zur Folge haben. Der abgeänderte Vorstoss geht nun nochmals in den Nationalrat.

Regierungschef Adrian Hasler blickt den Verhandlungen mit der Schweiz relativ gelassen entgegen und setzt auf die bisherige Verhandlungstradition: «Offene Themen wollen wir gemeinsam lösen. Dazu gehören aus unserer Sicht vor allem Fragen einer Neuregelung der Verrechnungssteuer im Bereich der Unternehmensbesteuerung und natürlich auch die Frage der Grenzgängerbesteuerung.»

Gegen einseitige Massnahmen

Zum DBA-Postulat der Freien Liste, man solle prüfen, ob eine einseitige Kündigung des DBA die günstigere Variante für Liechtenstein wäre, findet der Regierungschef klare Worte: «Wenn das Parlament Einzelfragen

ausserhalb des Gesamtkontextes derart aufnimmt, können keine ausgewogenen und im bilateralen Interesse liegende Lösungen erarbeitet werden.» Für Hasler sei klar, dass kantonale Interessen – wie sie der Ständerat äusserte – eine wichtige Rolle spielen. «Wir setzen hingegen auf Verhandlungen in einem gegenseitigen Verständnis und nicht auf einseitige Massnahmen, die für alle Beteiligten negative Konsequenzen hätten», erklärt er auf «Liewo»-Anfrage. Er habe Verständnis für den Ständerat, denn er müsse kantonale Interessen vertreten: «Aus meiner Sicht ist es aber wichtig, das Gesamtinteresse – nämlich einen ausgewogenen und fairen Kompromiss in allen abkom-

mensrelevanten Punkten zu finden – nicht aus den Augen zu verlieren.»

Die Regierung werde das konkrete Verhandlungsmandat noch beschliessen und wichtige Punkte darin festlegen. «Jedenfalls möchten wir das Thema der schweizerischen Verrechnungssteuer angehen und uns an den aktuellen internationalen Standards orientieren.» Dabei berufe man sich im Sinne einer bestmöglichen Regelung auch auf die bisherigen Abkommenspolitiken der Schweiz und Liechtensteins. «Ich gehe nach wie vor davon aus, dass wir die Verhandlungen mit der Schweiz über ein revidiertes Doppelbesteuerungsabkommen konstruktiv und offen führen können.